

NABU-Projekt Bürgerwald – ein Schritt in die Vergangenheit

Der NABU NRW hat am 17.05. das bei Wilhelm Bode in Auftrag gegebene Gutachten „Das NRW-Bürgerwald-Konzept“ vorgestellt.

Darin wird im Kern gefordert:

1. etwa **25 000 ha als Naturschutzgebiete** ausgewiesen Staatswaldflächen einschließlich des Personals (70 bis 90 Stellen) **in eine private Naturerbestiftung NRW** zu überführen.
2. die verbleibenden ca. **90 000 ha Staatswaldflächen** einschließlich des Personals (ca. 460 Stellen) durch eine Rechtsformveränderung **in eine „Bürgerwald AG“ zu privatisieren**. Die Bürger sollen unter der Zusage einer Mindestrendite von 2,5% Waldanteile in Form von Aktien kaufen, so dass das Land aus dem Waldverkauf eine Mindestbruttoeinnahme von 1,1 Mrd. € zur Haushaltskonsolidierung erzielen kann.
3. die **Einheitsforstverwaltung aufzulösen**, da diese Organisationsform nach den Vorgaben der EU-Wettbewerbsordnung rechtswidrig sei und wegen der Verbindung von hoheitlichen und forstbetrieblichen Aufgaben nicht den demokratischen Prinzipien einer staatlichen Selbstorganisation entspreche.

Der BDF lehnt diese Vorschläge aus folgenden Gründen ab:

1. Bürgerwald bereits erfolgreich etabliert

Der Wald des Landes NRW ist bereits Bürgerwald und wird entsprechend dem Willen des Waldbesitzers – dem vom Bürger gewählten Landtag – von fachlich hochqualifizierten Forstleuten gepflegt, genutzt und ökonomisch optimal bewirtschaftet.

2. Bürgerschaft wird ausgesperrt

Der NABU missbraucht die Begrifflichkeit „Bürgerwald“, weil er die 25 000 ha große Staatswaldflächen in Naturschutzgebieten in eine private „Naturerbestiftung NRW“ überführen

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) besteht seit 1948 als forstpolitische und berufsständische Vertretung der Beschäftigten in allen Waldbesitzarten. Der BDF ist als Berufsvertretung und Gewerkschaft Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion (dbb). Wir verstehen uns als Gegengewicht zu einseitigen Argumenten von Politik, Verwaltung und Arbeitgebern. Wir informieren die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträger zu allen forst- und umweltpolitischen Themen. Weitere Informationen zur Zielsetzung, den Aufgaben und Schwerpunkten des BDF finden Sie auch unter www.bdf-online.de.

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



möchte, deren Geschicke anschließend ausschließlich entsprechend des Stiftungszieles von einem kleinen Stiftungsrat geführt werden und damit die Bürgerschaft aussperrt. Gleiches gilt für die verbleibenden 90 000 ha, die durch Gründung der Bürgerwald AG an Aktionäre verkauft werden soll. Dies widerspricht ebenfalls dem Bürgerwillen, weil nur die ökonomisch privilegierten Bürger, die Waldaktien erworben haben, Einfluss auf die Betriebsziele nehmen können.

3. Renditeversprechen von mindestens 2,5 % völlig unrealistisch

Die im Gutachten zugesicherte Mindestrendite von 2,5 % widerspricht jeglicher ökonomischer Realität. Bei einem unterstellten Mindestverkauerlös von 1,1 Mrd. € wäre dies eine jährliche Rendite von ca. 27,5 Mio €. Dieser Betrag entspricht in etwa dem aktuellen jährlichen Bruttoerlös des Holzverkaufs aus dem Staatswald (ca. 550 000 Fm Jahreseinschlag x Durchschnittserlös von ca. 50 € je fm). Jeder eingeschlagene Festmeter ist aber mit Holzeinschlagskosten von ca. 20 €, Verwaltungskosten von ca. 15 € und Investitionskosten (Wegeinstandsetzung, Pflanzung, etc) von ca. 5 – 10 € belastet, so dass realistisch z. Zt. eine jährliche Rendite von 5 - 10 € je Fm, insgesamt **ca. 2,75 bis 5,5 Mio. € statt 27,5 Mio. €** zu erwarten ist.

4. Vorwand Bürgerwald – durch die Hintertür Übernahme hoheitlicher Aufgaben

Zur Personalkostenfinanzierung der Biologischen Stationen greift der NABU unter dem Vorwand des „Bürgerwaldes“ nach der Übernahme der hoheitlichen Aufgaben des Landesbetriebes Wald und Holz für die Waldnaturschutzgebiete. So lassen sich Stellen rechtfertigen, die auf der anderen Seite beim Landesbetrieb Wald und Holz eingespart werden müssten.

5. Aufgabe des integrativen Ansatzes einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Mit der vorgeschlagenen Gründung einer Stiftung, die Eigentümer der Naturschutzflächen des Staatswaldes werden soll, wird der forstgesetzlich fixierte Ansatz der multifunktionalen Waldbewirtschaftung mit gleichrangiger Berücksichtigung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem auf der gesamten Waldfläche aufgegeben.

6. Schwächung der Volkswirtschaft - höhere Kosten und weniger Arbeitsplätze

Die einseitige naturschutzfachliche Zielsetzung wird im Ergebnis zur Flächenstilllegung von ca. 25 .200 ha staatlicher Wälder führen. Je 100 m³ Holzeinschlag wird in unserer Volkswirtschaft ein Arbeitsplatz gesichert. Die Flächenstilllegungen würden so zu einem Verlust von ca. 1 250 Arbeitsplätzen im Cluster Forst und Holz führen.



PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



7. Weniger Umwelt- und Naturschutz durch Verzicht auf Waldpflege

Es ist unsinnig, auf der einen Seite die ökologische Bedeutung des nachwachsenden Rohstoffes Holz zu propagieren, eine verstärkte Verwendung regenerativer Energien zu fordern oder Holzeinfuhren aus fragwürdiger Herkunft zu beklagen und auf der anderen Seite die Möglichkeiten einer naturverträglichen Holzproduktion auch in Waldnaturschutzgebieten einzuschränken.

8. Mehr Bürokratie statt schlanker Einheitsforstverwaltung

Mit dem Begriff „Einheitsforstverwaltung“ bezeichnet man eine Forstverwaltung die, regional organisiert, alle waldbezogenen Aufgaben erledigt. Dazu gehören die Betreuung des Privat- und Kommunalwaldes, die Wahrnehmung der Hoheitsfunktion auf der gesamten Waldfläche und die Bewirtschaftung des landeseigenen Staatswaldes einschließlich der im Wald liegenden Naturschutzgebiete. Mit der Auflösung der Einheitsforstverwaltung würden kostengünstige Synergieeffekte aufgegeben und neue zusätzliche Organisationsformen und damit mehr Bürokratie entstehen, die im Wesentlichen aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren wären.

9. Mehr Waldnaturschutz: Kostengünstig und effizient durch forstliches Fachpersonal

Zur Stärkung der biologischen Vielfalt in den Wäldern Nordrhein-Westfalens müssen die naturnahe Waldbewirtschaftung und die Naturschutzmaßnahmen intensiviert werden. Bei solchen Maßnahmen wie z.B. der zielgerichteten Ausnutzung der Walddynamik, der Beseitigung von Fichten entlang von Fließgewässern, der Gestaltung von Waldrändern oder der Entbuschung von Offenlandbiotopen handelt es sich primär um naturschutzfachliche Arbeiten, die von Naturschutzförstern professionell, kostengünstig und effizient für die Gesellschaft umgesetzt werden.

Weitere Detailinformationen zu den Punkten 1 – 9 finden Sie auf den folgenden Seiten.

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



Fazit: Umfassender Dialog statt einseitige Zielsetzung

Die vom NABU beabsichtigte forstpolitischen Weichenstellung ist der falsche Weg zur nachhaltigen Sicherung der Wälder in NRW! Statt einseitiger verbandspolitischer Zielsetzungen ist ein neues Gesamtkonzept unter Beteiligung regionaler und lokaler Bürgergruppen für die Wälder in NRW erforderlich, insbesondere vor dem Hintergrund der Gefahren durch den Klimawandel, der Stärkung der biologischen Vielfalt und der weiter zunehmenden Bedeutung des nachwachsenden Rohstoffes Holz.

Für die anstehenden Beteiligungsprozesse steht der BDF als Gewerkschaft der Forstleute stets mit umfassendem Sachverstand und folgenden Forderungen zur Verfügung:

- 1. Erhalt der Einheitsforstverwaltung als den richtigen Weg für den Wald in NRW!**
- 2. Stopp von jedem weiteren Stellenabbau!**
- 3. Schaffung von Einstellungskorridoren zur Vermeidung der weiteren Überalterung!**
- 4. Umkehr von der einseitig ökonomisch ausgerichteten Forstpolitik der vergangenen Jahre hin zu einer umfassenden Betrachtung gemäß den 3 Säulen der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Ökologie, Soziales!**
- 5. Ausreichende Finanzausstattung und Planungssicherheit für die kommende Legislaturperiode!**
- 6. Kein weiterer Verkauf von Staatswald – statt dessen Ankauf von Waldflächen mit hoher Gemeinwohlfunktion!**

Ihre Ansprechpartner des BDF:

Stephan Schütte Stellv. Landesvorsitzender 0171 - 587 11 31 schuettebadhonnef@t-online.de
Norbert Böskén Stellv. Landesvorsitzender 0170 - 910 78 33 norbert.boesken@gge.essen.de

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



Hintergründe:

zu 1. **Bürgerwald bereits erfolgreich etabliert**

Statt der gewählten Volksvertreter würden zukünftig die Ziele der Waldbewirtschaftung von einem kleinen Aufsichtsrat einer AG bzw. dem Stiftungsvorstand für die Naturschutzflächen festgelegt und damit die Bürgerschaft aussperrt.

Die Strategie, den bereits vorhandenen Bürgerwald zunächst den BürgerInnen zu entziehen und einer AG übertragen zu wollen, um dann über Anteilskäufe, Aktien, Optionen etc. den Wald nochmals zum Kauf anbieten zu wollen, werden die BürgerInnen sofort durchschauen und weit überwiegend nicht akzeptieren.

Eine stärkere Identifikation mit dem Wald durch einen Ankauf von Waldaktien ist nicht zu erwarten. Eher wird das Gegenteil erreicht, insbesondere nach Herauslösung der landschaftlich und ökologisch besonders wertvollen Bereiche, denn durch den Verkauf von Aktien würde der öffentliche Wald aller Bürger zum Wald von wenigen kapitalkräftigen Bürgern, Stiftungen, und Investmentfonds, die sich Aktien „leisten“ können.

zu 2. **Bürgerschaft wird ausgesperrt**

Echter Bürgerwald

- orientiert sich an den ökonomischen, ökologischen und sozialen Notwendigkeiten und Wünschen der Bürger, die ihn besitzen und nutzen.
- wird entsprechend dem Willen des Waldbesitzers gepflegt, genutzt und betriebs- und volkswirtschaftlich optimal bewirtschaftet.
- berücksichtigt auf lokaler Ebene die Inhalte und Ziele der regionalen, nationalen und globalen Waldentwicklungsstrategien zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.
- bietet jedem Bürger einzeln oder in Gemeinschaft die Möglichkeit zur Partizipation in den lokalen Entscheidungsprozessen
- beschäftigt oder beauftragt qualifiziertes Fachpersonal mit der zielgerichteten Waldpflege und Produktbereitstellung in betriebswirtschaftlich optimal aufgestellten Betriebs- und Verwaltungsstrukturen.

zu 3. **Renditeversprechen von mindestens 2,5 % völlig unrealistisch**

Die Mindestrendite des Forstbetriebes Bürgerwald AG in Höhe von 2,5 % steht im völligen Widerspruch zur forstökonomischen Realität in den Staatswäldern NRW. Allein durch Kyrill

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



wurden ca. 25 % des Vorrats der ertragreichen Fichte zerstört. Die nachhaltige jährliche Holzeinschlagsmenge liegt nach Kyrill bei ca. 550 000 fm. Bei einem durchschnittlichen Holzverkaufserlös von ca. 50 € je fm ergibt sich eine Jahresbruttoeinnahme von ca. 27,5 Mio €. Die Einnahmen als Holzverkauf betragen bei Forstbetrieben etwa 80 bis 90 %. Bei den verbleibenden 10 bis 20 % handelt es sich im Wesentlichen um Einnahmen aus dem Jagdbetrieb bzw. der Jagdverpachtung.

Um die Bäume zu fällen und verkaufsfertig aus dem Wald an den Waldweg zu rücken, fallen durchschnittliche Kosten von ca. 20 €/fm an. Zusätzlich ist jeder eingeschlagene Festmeter mit ca. 15 € Verwaltungskosten belastet (Forstpersonal, Büroausstattung, Fahrzeug etc.) Außerdem sind jährlich gewissen Mindestinvestitionen zur Erhaltung des forstlichen Wegenetzes, der Pflege von jungen Waldbeständen und des Umbaus von Reinbeständen in Mischbestände durch die Pflanzung von Laubwald erforderlich, die bei etwa 5 bis 10 € je fm liegen.

Insgesamt kann man realistisch von einer Kostenbelastung von ca. 40 bis 45 € je fm ausgehen, so dass eine **Jahresrendite** von ca. 2,75 Mio **bis ca. 5,5 Mio €** realistisch ist **statt** der im Gutachten genannten **25 Mio €**.

Diese Renditen ergeben sich aber nur bei normalem Betriebsablauf. Jegliche Abweichung z.B. durch Stürme führen zu geringeren Erlösen bei höheren Kosten und vermindern die Rendite. Die im Gutachten genannten Renditen stammen aus vorratsreichen durch Nadelholz geprägten Betrieben, die seit Jahrzehnten den Wald naturnah bewirtschaften und sind mit der Waldsituation im Staatswald überhaupt nicht vergleichbar.

zu 4. Vorwand Bürgerwald – durch die Hintertür Übernahme hoheitlicher Aufgaben

Bei näherer Betrachtung verbirgt sich hinter dem NABU-Projekt Bürgerwald eine getarnte Strategie zur Übernahme hoheitlicher Aufgaben durch die Hintertür. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden linearen Kürzungen der Etats im Umweltministerium stehen die biologischen Stationen, welche zumeist in der Trägerschaft des NABU stehen, auch mit Blick auf die unsicheren EU-Finanztöpfe vor einer ungewissen Zukunft. Dies ist kein Wunder, da die biologischen Stationen bis heute keine betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente anwenden und hierfür auch kein Personal vorhalten. Bis heute arbeiten die biologischen Stationen resultatsarm an den Maßnahmenkatalogen für die FFH-Gebiete außerhalb des Waldes. Dem entgegen hat der Landesbetrieb Wald und Holz bereits alle Sofortmassnahmenkonzepte (SOMAKOS) für FFH-Gebiete im Wald erarbeitet und in die Finanz-, Qualitäts- und Prozesssteuerungsmechanismen des Betriebes integriert. Zur Sicherung der Biologischen Stationen greift der NABU unter dem Vorwand des „Bürgerwaldes“

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



nach der Übernahme der hoheitlichen Aufgaben des Landesbetriebes Wald und Holz für die Waldnaturschutzgebiete. Hiermit lassen sich Stellen rechtfertigen, die auf der anderen Seite beim Landesbetrieb Wald und Holz eingespart werden müssten.

zu 5. Aufgabe des integrativen Ansatzes einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Durch die Trennung von Schutz- und Nutzwäldern würden auf der einen Seite biologisch artenarme Schutzwälder entstehen. Die Schutzwälder würden nicht mehr durch Holznutzung in ihrem Strukturreichtum gepflegt. Durch die natürliche Walddynamik würde ein Artensterben in den bisher gepflegten Waldnaturschutzgebieten eingeleitet, welche in direktem Widerspruch zu den naturschutzfachlichen Zielen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie steht, Die Trennung des Waldes in einen guten und weniger guten öffentlichen Wald wird im nicht öffentlichen Wald zu einem „Freibrief“ für ausschließlich produktionsorientierte Wirtschaftswälder führen. (Nadelholz, Monokulturen, Plantagen). Für das Industrieland NRW mit seinen 18 Mio. Einwohnern und der daraus resultierenden hohen Sozialfunktionen des Waldes ein Irrweg!

zu 6. Schwächung der Volkswirtschaft - höhere Kosten und weniger Arbeitsplätze

Die öffentlichen Naturschutz- und FFH-Flächen im Staatswald werden bereits heute in Abstimmung mit dem amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutz optimal hinsichtlich der naturschutzfachlichen Ziele durch die öffentlichen Naturschutzförster bewirtschaftet. Die einseitige Zielsetzung der Flächenstilllegungen ca. 25.000 ha staatlicher Wälder ist aus naturschutzfachlicher und volkswirtschaftlicher Sicht völlig kontraproduktiv. Bei einem durchschnittlichen Holzeinschlag von 5 m³/ha/Jahr wird der Holzwirtschaft ein Rohstoffpotential von bis zu ca. 125.000 m³ Holz entzogen. Gerade in den strukturschwachen ländlichen Gebieten würde dies zu einem Verlust von ca. 1 250 Arbeitsplätzen im Cluster Forst und Holz führen, was die Steuereinnahmen vermindert und durch die Schaffung einer neuen Verwaltungsstruktur für die Stiftung Naturerbe die öffentlichen Kassen mit zusätzlichen Verwaltungskosten und enormen Verkehrssicherungskosten belastet.

Es ist unsinnig, auf der einen Seite die ökologische Bedeutung des nachwachsenden Rohstoffes Holz zu propagieren, eine verstärkte Verwendung regenerativer Energien zu fordern oder Holzeinfuhren aus fragwürdiger Herkunft zu beklagen und auf der anderen Seite die Möglichkeiten einer naturverträglichen Holzproduktion auch in Waldnaturschutzgebieten einzuschränken. Der jährliche Holzbedarf je Bürger liegt bei ca. 1,2 m³ (Papier, Möbel, Hausbau etc). Die Rücknahme der Holzproduktion im Inland würde einen verstärkten Import von Holz zur Folge haben.

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



zu 7. Weniger Umwelt- und Naturschutz durch Verzicht auf Waldpflege

Ein großflächiger Nutzungsverzicht im Wald wird gerade im internationalen Jahr der Biodiversität besonders vehement vorgetragen und ein „Urwald von morgen“ erscheint auf den ersten Blick gerade unter Naturschutzaspekten plausibel und erstrebenswert.

Fakt ist jedoch, dass naturnah gepflegte strukturreiche Mischbestände mit stetiger Verjüngungsdynamik die einzige Chance für die Anpassung unserer Waldökosysteme an den Klimawandel ermöglicht.

Fakt ist auch, dass der Jahresbedarf an Holz in Deutschland bei ca. 100 Mio. m³ liegt und dass nur ein bewirtschafteter Wald seine Wirkung als CO²-Senke voll entfalten kann. Eine an natürliche Abläufe angelehnte moderne Forstwirtschaft schafft ein hohes Maß an Naturnähe. Durch kluge biotopverbindende Strukturverbesserung der Wälder mit besitzübergreifender Ausweisung von Habitatbäumen, Uraltbeständen, und Totholzinventar haben auch im bewirtschafteten Wald natürliche Alterung, Zerfallsphase und Totholz ihren Platz.

zu 8. Mehr Bürokratie statt schlanker Einheitsforstverwaltung

Mit dem Begriff „Einheitsforstverwaltung“ bezeichnet man eine Forstverwaltung die, regional organisiert, mit konkretem lokalem Einsatz alle waldbezogenen Aufgaben erledigt. Dazu gehören die Betreuung des Privat- und Kommunalwaldes, die Wahrnehmung der Hoheitsfunktion auf der gesamten Waldfläche und die Bewirtschaftung des landeseigenen Staatswaldes einschließlich der im Wald liegenden Naturschutzgebiete. Mit der Aufteilung des öffentlichen Waldes in eine Stiftung und eine Bürgerwald AG würden neue zusätzliche Organisationsformen entstehen, die im Wesentlichen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden müsste.

zu 9. Mehr Waldnaturschutz: Kostengünstig und effizient durch forstliches Fachpersonal

Es ist unbestritten, dass vor dem Hintergrund der Erhalt der biologischen Vielfalt die Naturschutzmaßnahmen im bewirtschafteten Wald außerhalb der Naturschutz- und FFH-Gebiete verstärkt werden müssen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige biotopverbindenden Strukturverbesserung der Wälder mit besitzübergreifenden Alt- und Totholzkonzepten. Außerdem sind bei der Waldbewirtschaftung auf allen Waldflächen (Staatswald, Kommunalwald, Privatwald) die neuen gesetzlichen Vorschriften zum Artenschutz in die Praxis umzusetzen. In Verbindung mit dem hohen naturschutzfachlichen Ausbildungsstand der Betreuungsförster muss endlich das Instrument des Vertragsnaturschutzes für die Flächen im Privatwald aus seinem aktuellen

PRESSEMITTEILUNG 2/2010

BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE
Landesverband Nordrhein-Westfalen



„Dornröschenschlaf“ erweckt werden. Dies kann nur im Rahmen einer kontinuierlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Betreuungsförstern des LBWH und den privaten Waldbesitzern vor Ort erfolgreich und effizient flächendeckend für NRW gelingen.

Fazit: Umfassender Dialog statt einseitige Zielsetzung

Die vom NABU beabsichtigte forstpolitischen Weichenstellung ist der falsche Weg zur nachhaltigen Sicherung der Wälder in NRW! Statt einseitiger verbandspolitischer Zielsetzungen ist ein neues Gesamtkonzept für die Wälder in NRW erforderlich, insbesondere vor dem Hintergrund der Gefahren durch den Klimawandel, der Stärkung der biologischen Vielfalt und der weiter zunehmenden Bedeutung des nachwachsenden Rohstoffes Holz.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist in der kommenden Legislaturperiode die Erarbeitung eines forstpolitischen Gesamtkonzepts unter großer Beteiligung aller mit dem Wald in Verbindung stehenden Interessengruppen nach dem Muster des Nationalen Waldprogramms erforderlich.

Ihre Ansprechpartner des BDF:

Stephan Schütte Stellv. Landesvorsitzender 0171 - 587 11 31 schuettebadhonnef@t-online.de
Norbert Bösen Stellv. Landesvorsitzender 0170 - 910 78 33 norbert.boesken@gge.essen.de

BDF-Landesverband NRW
Landesgeschäftsstelle
Markstraße 2
58809 Neuenrade
www.bdf-nrw.de